

Ein freiwilliger Zivildienst ist unsinnig und löst nicht bestehende Probleme

„Was lange we(ä)hrt, bleibt nicht automatisch für immer gut“ – zu dieser Erkenntnis bezüglich der Wehrpflicht scheinen sich Politik und Gesellschaft immer mehr durchzuringen, was DIE LINKE grundsätzlich begrüßt. Wenngleich die geplante Aussetzung der Wehrpflicht nur ein ängstliches Schrittchen ist, wohingegen ihre Abschaffung schon viel länger geboten wäre. Doch beide Varianten bringen Folgen für den Zivildienst mit sich. Positiv ist, dass ein verpflichtender Sozialdienst für alle jungen Menschen auf breiter Front abgelehnt wird, nicht zuletzt wegen berechtigter verfassungs- und europarechtlicher Bedenken. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder schlägt nun vor, einen bundesweiten freiwilligen Zivildienst mit staatlicher Förderung zu schaffen. Dieser Vorschlag ist jedoch für meine Fraktion und mich klar und deutlich abzulehnen.

Es ist der völlig falsche Weg, den Zivildienst, nun in freiwilligem Gewand, für den denkbaren Fall des späteren ‚Wiederinkraftsetzens‘ der Wehrpflicht vorzuhalten. Für die Wehrpflicht als Relikt des Kalten Krieges gibt es keine sicherheitspolitische Legitimation mehr. Auch für die Landesverteidigung wird sie nicht benötigt. Wehr- und Zivildienst als Ausfluss der Wehrpflicht sind Zwangsdienste, die Grundrechte einschränken bzw. aufheben, weil sie nach Wehrrecht organisiert sind, und über Gebühr in die Lebensplanung und Selbstbestimmung junger Menschen eingreifen. DIE LINKE lehnt grundsätzlich jede Form von Zwangsdiensten ab. Von Wehrgerechtigkeit (bei der Einberufung) kann schon lange nicht mehr die Rede sein. Zudem wäre die komplette Abschaffung der Wehrpflicht unter Haushaltsgesichtspunkten die kostengünstigste Lösung. Es bedarf folglich keines Zivildienstes, in welcher Form auch immer, nur um auf die Rückkehr der ausgedienten und abschaffungswürdigen Wehrpflicht zu warten.

Folgendes würde sich durch die avisierte Neureglung ebenfalls nicht ändern: Auch ein freiwilliger Zivildienst macht junge Menschen zu unterbezahlten Lückenbüßern in einem Sozialsystem, das vorher wissent- und willentlich finanziell ausgetrocknet wurde. Dass das Gebot der Arbeitsmarktneutralität des bestehenden Zivildienstes reine Makulatur ist, sieht man zum Beispiel im Pflege- und Gesundheitsbereich, wo reguläre Arbeitsplätze ersetzt und verdrängt werden. Zivildienstleistende übernehmen oft Tätigkeiten, die von qualifizierten, gut bezahlten Fachkräften ausgeübt werden müssten. Der (für sich genommen äußerst lobenswerte) Einsatz der Zivis führt dazu, dass die Schaffung besserer Arbeitsbedingungen und die Durchsetzung höherer Löhne für Beschäftigte im Sozialbereich erschwert werden. Durch eine

Konkurrenz zwischen Freiwilligen und regulär Beschäftigten steigt weiter der Druck auf die Löhne, Lohndumping bleibt so auf der Tagesordnung und wird noch zunehmen. Zivildienstleistende, ob unter der Ägide eines Zwangsdienstes oder auf freiwilliger Basis, dürfen nicht länger als billige Arbeitskräfte, die weit unter den tarifüblichen Standards bezahlt werden, missbraucht werden. Nicht länger hinnehmbar ist darüber hinaus, dass rund jeder dritte Zivildienstleistende bei privatisierten sozialen Dienstleistern eingesetzt wird. Dort schuftet die subventionierte Arbeitskraft nicht für das Gemeinwohl oder die „Zivilgesellschaft“, sondern für Gewinne der Manager und Aktionäre.

Bedenklich erscheinen ferner die Parallelstrukturen, wenn künftig der staatlich geförderte Zivildienst und bestehende Freiwilligendienste wie das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) oder das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) nebeneinander existieren. Das Bundesamt für Zivildienst bekäme auf diese Art neue Aufgaben zugewiesen, wodurch Sozialverbände und damit auch Jugendfreiwilligendienste geschwächt würden, und es würde gewissermaßen den eigenen Bestand garantiert bekommen. Berücksichtigen sollte man auch, dass es für die Träger schon jetzt fast doppelt so teuer ist, Freiwillige anstatt Zivildienstleistende zu finanzieren. Die Trägerschaft zivilgesellschaftlicher Organisationen ist vielmehr zu stärken und zu fördern. Diese Schaden bringende Konkurrenzsituation des freiwilligen Zivildienstes zu bestehenden Freiwilligendiensten der freien Träger lehnt DIE LINKE ab.

Eine übertriebene „staatliche Steuerung“ bürgerschaftlichen, freiwilligen Engagements – wozu ein freiwilliger Zivildienst gehören würde – ist ein Widerspruch in sich, obgleich sozial gerechte Rahmenbedingungen gesetzt werden müssen. Ein Zivildienst ist außerdem nicht nötig, und benötigt erst recht keine staatliche Steuerung, um das „Funktionieren des sozialen Bereiches“ zu gewährleisten: Zivildienstleistende waren von jeher als Zusatzkräfte gedacht. Alle Regelaufgaben sollen und können theoretisch im sozialen Bereich durch das reguläre Personal erledigt werden. Wenn dies nicht der Fall ist, müssen eine bessere finanzielle Ausstattung und zusätzliche reguläre Arbeitsplätze gefordert werden. Hier liegt der eigentliche Ansatzpunkt, um die Misere zum Beispiel im Gesundheits- und Pflegebereich zu überwinden! Viele Expertinnen und Experten gehen indes davon aus, dass es drei Mal mehr Tätige in Freiwilligendiensten gäbe, wenn die sozialen Träger ihnen nur mehr Plätze anbieten würden; somit überstiege die Zahl der Freiwilligen jene der Zivis. Damit dürfte eines klar sein, was mir ein großes Anliegen ist: Die Pflege- und Hilfsbedürftigen werden auch ohne Zwangsdienst nicht im Stich gelassen.

Alles in allem fordert DIE LINKE schon seit langem die sofortige Aufhebung der Wehrpflicht (vgl. Bundestags-Drucksache 17/1736). Die frei werdenden Mittel müssen für die Konversion des Zivildienstes und die Schaffung neuer sozialversicherungspflichtiger, mindestens tariflich bezahlter Arbeitsplätze (die mit qualifiziertem Personal zu besetzen sind) im Bereich der Pflege und gesundheitlichen Versorgung

bereitgestellt werden. Dem nachgeordnet sind bestehende Strukturen für die Jugendfreiwilligendienste effizient zu nutzen; diese müssen weiter gestärkt werden, zum Beispiel durch eine Anhebung der Förderpauschalen, eine verbesserte Finanzierungsstruktur und Qualifizierungsmaßnahmen. Frei werdende Mittel sollte man besser für den Ausbau der Freiwilligendienst-Plätze einsetzen. Nur dies wird sich auf lange Sicht bewähren...

Harald Koch, MdB DIE LINKE, ist Mitglied des Verteidigungsausschusses, des Finanzausschusses und des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement

Kontakt: harald.koch@bundestag.de